

Warnung vor dem Verlust der nächsten Generation von Industriearbeitnehmer*innen

Brüssel, 24. – 25. November 2020

Von der COVID-19-Krise sind junge Arbeitnehmer*innen und Auszubildende unverhältnismäßig stark betroffen. Viele junge Menschen sind plötzlich mit ruhenden oder unterbrochenen Arbeits- oder Ausbildungsverträgen konfrontiert und haben keinerlei andere Möglichkeit für den Einstieg in ihr Berufsleben. Junge Arbeitnehmer*innen haben meist befristete Arbeitsverträge, viele sind Leiharbeiter*innen oder stecken in atypischen Arbeitsformen mit beschränktem oder gar keinem sozialen Schutz fest. Es braucht dringend eine adäquate Reaktion, um einen nicht wieder gut zu machenden Schaden zu verhindern. Gemeinsam müssen wir den Verlust der nächsten Generation von Industriearbeitnehmer*innen verhindern.

Im Sommer 2020 [berichtete](#) Eurostat über eine Explosion der Jugendarbeitslosigkeit, die im August in der EU 17,6% erreichte, verglichen mit 6% im Jahr 2019. Seitdem ist die Arbeitslosigkeit gestiegen, und es wird erwartet, dass sie noch weiter ansteigt, insbesondere angesichts der erneuten Einschränkungen infolge der zweiten COVID-19-Welle in Europa und des erwarteten Endes der staatlichen Unterstützungsprogramme im Jahr 2021. Einige [Kommentatoren](#) sagen sogar einen alarmierenden Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit um 70% innerhalb eines Jahres voraus. Darüber hinaus [zeigen](#) jüngste Studien auch, dass junge Menschen zu den „größten Verlierern der Lockdowns“ mit dem niedrigsten Wohlstandsniveau gehören. Sie fühlen sich von der Gesellschaft ausgeschlossen und sind am stärksten von Depressionen bedroht.

Wir können uns nicht zurücklehnen und zusehen, wie nahezu eine ganze Generation arbeitslos und zurückgelassen wird. Während wir uns auf die wirtschaftliche Erholung nach COVID-19 und darüber hinaus vorbereiten, müssen wir den jungen Arbeitnehmer*innen und Auszubildenden Aufmerksamkeit widmen. Ein Imstichlassen der jungen Generation wird nur den Populisten in die Hände spielen.

Viele der jungen Menschen durchleben bereits die zweite Wirtschaftskrise in ihrem jungen Leben. Die Jugend Europas trug bereits die Hauptlast der Krise 2008-09, als die von den Politikern auferlegten Sparmaßnahmen viele junge Beschäftigte in prekäre Arbeitsverhältnisse brachten. Fast die Hälfte der jungen Menschen in Europa (44%) im Alter zwischen 19 und 24 Jahren hatte im Jahr 2017 [Berichten zufolge](#) einen befristeten Arbeitsvertrag. Die Laufzeit dieser Verträge beträgt oft weniger als einen Monat und die Verträge bieten weder sozialen Schutz noch Schulungsmöglichkeiten. Junge Menschen waren auch die Gruppe, die den [Berichten zufolge](#) am stärksten von Armut trotz Erwerbstätigkeit betroffen war (10%), was sich häufig in der Unfähigkeit niederschlägt, sich eine angemessene Wohnung und gesunde Lebensmittel leisten zu können.

Gemeinsam müssen wir dafür sorgen, dass junge Menschen von einer Erholung nach der COVID-19-Krise profitieren und verhindern, dass die junge Generation in der Prekarität stecken bleibt. Junge Menschen müssen in der Lage sein, ihr Berufsleben mit einem qualitativ hochwertigen Arbeitsplatz zu beginnen, der Sicherheit und die Möglichkeit zur persönlichen und beruflichen Entwicklung durch Ausbildung und lebenslanges Lernen bietet. Dies ist im Zusammenhang mit dem Aufschwung und dem digitalen und grünen Wandel der Industrie von entscheidender Bedeutung. Viele Branchen leiden bereits jetzt unter einem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften. Wir sind auf qualifizierte, junge Menschen angewiesen, die in den grünen und intelligenten Industrien der nahen Zukunft arbeiten können.

Wir müssen verhindern, dass junge Menschen in den europäischen und nationalen Konjunkturplänen vergessen werden. Wir müssen Alarm schlagen und für die Einbeziehung der nächsten Generation von Industriebeschäftigten in den Aufschwung auf allen Ebenen - europäisch, national, regional, sektoral und lokal - kämpfen.

Die EU vergisst die jungen Menschen bei der Erholung

Die von der EU vorgeschlagene Maßnahme zur Verbesserung der Situation junger Menschen und zu ihrer Eingliederung in den Arbeitsmarkt ist das am 1. Juli 2020 vorgelegte Paket zur Förderung der Jugendbeschäftigung. IndustriAll European Trade Union begrüßte dieses Paket grundsätzlich, warnte jedoch davor, dass es nicht ausreicht, um eine verlorene Generation zu verhindern, da es sich enttäuschenderweise auf Schulungen ohne ausreichende Beschäftigungsmöglichkeiten und Qualitätskriterien konzentriert.

Die verstärkte Jugendgarantie, als einer der wichtigsten Vorschläge des Pakets, geht nicht weit genug, um die größte Herausforderung zu bewältigen, vor der die meisten jungen Menschen stehen: Arbeitslosigkeit oder prekäre, befristete Arbeit mit begrenztem oder gar keinem Zugang zu sozialer Sicherheit. Die EU scheint die Fehler der Vergangenheit eher zu wiederholen. Die Jugendgarantie wurde ursprünglich im Jahr 2013 eingeführt, als die Jugendarbeitslosigkeit in einigen Mitgliedstaaten auf über 50 % anstieg. Der Europäische Rechnungshof stellte jedoch fest, dass das Programm „hinter den ursprünglichen Erwartungen zurückgeblieben ist“, da bis zu 60% der Interventionen zu Praktika und keinen wirklichen Arbeitsplätzen führten. Die Internationale Arbeitsorganisation [erklärte](#), dass „die Ressourcenzuweisungen nicht ausreichend waren, um den Empfehlungen zu entsprechen“.

Der neue Vorschlag stellt eine Verbesserung der vorherigen Jugendgarantie (2013) dar, da er auch die jungen Menschen im Alter von 25-29 Jahren erfasst. Im Rahmen dieser Regelung sollen Jugendliche innerhalb von vier Monaten nachdem sie die Schule verlassen haben oder arbeitslos geworden sind, ein Arbeitsplatz-, Fortbildungs-, Ausbildungsplatz- oder Praktikumsangebot erhalten. Der neue Vorschlag legt auch zu Recht einen Schwerpunkt auf die dringend benötigten grünen und digitalen Fertigkeiten. Allerdings versäumt es die Kommission enttäuschenderweise, wirkliche Qualitätskriterien für die Angebote, die die Jugendlichen erhalten sollen, festzulegen.

Das Erfordernis qualitativer Angebote wird durch die Verknüpfung der verstärkten Jugendgarantie mit dem Europäischen Rahmen für hochwertige und nachhaltige Berufsausbildungen und dem Qualitätsrahmen für Praktika (beide ab 2013) nur teilweise berücksichtigt. Das reicht nicht aus, denn diese Qualitätsrahmen schützen junge Menschen nicht davor, als billige Arbeitskräfte ausgebeutet zu werden. Qualitätskriterien müssen sicherstellen, dass die Angebote im Rahmen der verstärkten Jugendgarantie den nationalen Arbeitsgesetzen, Tarifverträgen und Steuervorschriften entsprechen. Alle Begünstigten müssen sozial abgesichert sein, und Lehrlinge oder Praktikanten dürfen keine anderen Arbeitnehmer*innen ersetzen. Ohne klare Qualitätskriterien werden ausbeuterische Arbeitgeber weiterhin hochwertige Arbeitsplätze durch prekäre Lehrstellen ersetzen und öffentliche Gelder missbrauchen.

Wir sind geschockt darüber, dass Selbständigkeit Teil des Kommissionsvorschlags ist. Bislang hat diese neue Form der Arbeit, von neoliberalen Politikern als Lösung gegen die hohe Arbeitslosigkeit gefördert, nur zu einer Explosion von Scheinselbständigen [geführt](#), die gezwungen sind, unter prekären Bedingungen zu arbeiten. Viele von ihnen sind junge Arbeitnehmer*innen, die keine feste und qualitativ gute Arbeit finden konnten.

Schließlich reicht die Finanzierung der verstärkten Jugendgarantie nicht aus. Von den vorgeschlagenen 22 Milliarden Euro (die Teil des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens und von Next Generation EU sind) scheinen nur 8 Milliarden für die Jugend vorgesehen zu sein. Der andere Teil stellt einen allgemeinen

Haushalt zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dar. Dies reicht nicht aus, um der Dringlichkeit der Situation der jungen Generation gerecht zu werden.

Ein Zeichen der Hoffnung kam vom Europäischen Parlament, das die Kommission am 10. Oktober aufgefordert hat, unbezahlte Praktika zu verbieten und in hochwertige Arbeitsplätze für junge Menschen zu investieren. Wir unterstützen die [Entschließung](#) des Parlaments, die den schwachen Vorschlag der Kommission durch folgende Forderungen verbessern soll:

- ein erhöhter Anteil des Europäischen Sozialfonds (ESF+), der dem Programm im langfristigen EU-Haushalt zugewiesen werden soll. Experten sagen, dass es mehr als 7.000 Euro pro jungen Mensch, der weder erwerbstätig ist, noch studiert oder eine Ausbildung absolviert, bedarf, um wirklich etwas zu bewirken
- ein Rechtsinstrument zur Durchsetzung einer gerechten Vergütung für Praktika, Traineeprogramme und Lehrstellen
- eine verstärkte Überwachung der Umsetzung des Programms in den Mitgliedstaaten und seiner Ergebnisse.

Leider hat der Europäische Rat am 30. Oktober den Vorschlag der Kommission ohne die Verbesserungsvorschläge des Parlaments angenommen. Wir sind sehr enttäuscht, dass die [endgültige Empfehlung des Rates zur verstärkten Jugendgarantie](#) keine verbindlichen Qualitätskriterien für die Angebote enthält, die junge Menschen im Rahmen des öffentlich finanzierten Programms erhalten.

Dennoch ist der Kampf nicht vorbei. Die Mitgliedstaaten müssen nun die Empfehlung des Rates umsetzen. Wir müssen Druck auf unsere nationalen Regierungen ausüben, verbindliche Qualitätskriterien auf nationaler Ebene einzuführen, die mit den Sozialpartnern ausgehandelt werden. Die Entschließung des Europäischen Parlaments und die von der [EGB-Jugend](#) vorgeschlagenen Qualitätskriterien könnten nützliche Ansatzpunkte sein, um die Umsetzung des RYG auf nationaler Ebene zu verbessern.

Dringendes Erfordernis, die junge Generation in den nationalen Konjunkturplänen zu berücksichtigen

IndustriAll Europe ist sehr besorgt darüber, dass die bisher in den meisten nationalen Konjunkturplänen vorgesehenen Maßnahmen zur Bewältigung der dringenden Situation der Jugend nicht ausreichen, falls solche Maßnahmen überhaupt erwähnt werden. Als Gewerkschaften müssen wir die politischen Entscheidungsträger auf nationaler Ebene dazu drängen, ausreichend Mittel bereitzustellen und wirksame Maßnahmen zur Eingliederung der Jugend in den Arbeitsmarkt in alle nationalen Konjunkturprogramme aufzunehmen.

Die nationalen Konjunkturprogramme müssen außerdem Programme zur Ermittlung von Qualifikationsbedarf und -lücken enthalten, insbesondere mit Blick auf die grüne und intelligente Industrie der nahen Zukunft. Die Pläne müssen auch Lehr- und Ausbildungsprogramme mit Übernahmemöglichkeiten umfassen, um die nächste Generation von Industriebeschäftigten vorzubereiten. Die Gewerkschaften müssen in vollem Umfang in diesen Prozess einbezogen werden, und sie müssen die Jugend zu Beginn ihrer beruflichen Laufbahn proaktiv unterstützen, insbesondere auch als Teil einer gewerkschaftlichen Erneuerungsstrategie.

Das auf EU-Ebene vorgeschlagene und auch von einigen nationalen Regierungen nachgeahmte Modell einer Jugendgarantie ist eine Option, aber es stellt nicht den Königsweg zur Lösung des Problems der Jugendarbeitslosigkeit dar. Bei diesem Modell erhalten die Arbeitgeber Geld und/ oder werden von bestimmten Steuerabgaben befreit, wenn sie eine Lehrstelle anbieten und/ oder junge Menschen einstellen. Allerdings wird die Frage einer qualitativ hochwertigen Lehrstelle und eines qualitativ hochwertigen Arbeitsplatzangebots oft nicht gelöst, und mithin werden mit öffentlichen Geldern weiterhin prekäre

Kurzzeitjobs für Jugendliche finanziert. Wir fordern, dass die Gewerkschaften stets an der Entwicklung und Umsetzung eines jeden Programms beteiligt werden. Sozialer Dialog und Tarifverhandlungen haben sich in der COVID-19-Krise einmal mehr bewährt und gezeigt, dass dort, wo Gewerkschaften effektiv beteiligt sind, gute Lösungen gefunden werden.

Ein konkretes Beispiel kommt aus Frankreich, wo die Regierung Ende Juli 2020 ihren Jugendplan vorstellte. Der Plan sieht vor, die Einstellung von jungen Arbeitnehmer*innen und die Lehrlingsausbildung in einer Zeit zu unterstützen, in der sich 750.000 junge Menschen auf den Eintritt in den französischen Arbeitsmarkt vorbereiten. Der Plan gewährt weitere 6,5 Milliarden Euro zusätzlich zu den bereits für die Jugend bereitgestellten 3,5 Milliarden Euro. Er ergänzt den Plan zur „Wiederbelebung der Lehrlingsausbildung“, der einen Zuschuss für die Einstellung von Lehrlingen vorsieht, die zwischen Juli 2020 und Februar 2021 eine Qualifikation erwerben wollen. Diese Pläne sind Schritte in die richtige Richtung, aber die Frage nach qualitativ hochwertigen Angeboten bleibt ungelöst. Darüber hinaus haben die französischen Sozialpartner im Metallsektor (mit Ausnahme der FTM-CGT) eine Branchenvereinbarung unterzeichnet, die die Einstellung junger Menschen durch ein solidarisches System fördert. Das System sieht vor, dass für je zwei Beschäftigte, die aus dem Berufsleben ausscheiden, eine junge Person eingestellt wird.

In Österreich bietet die Regierung ebenfalls Anreize für Arbeitgeber, Lehrlinge einzustellen und nach der Ausbildung zu übernehmen (Arbeitgeber erhalten einen Bonus von 1000 € für die Einstellung und weitere 1000 € für die Übernahme). Doch dies reicht den Gewerkschaften nicht aus. In ihrer Kampagne „[Jugend ohne Arbeit](#)“ fordern junge Gewerkschafter*innen, dass die Regierung die Zahl der Lehrstellen im öffentlichen Dienst erhöht und einen Notfonds für Lehrstellen schafft.

In Deutschland sind die Sozialpartner auf nationaler Ebene der „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ beigetreten, die vom Arbeitsministerium und vom Bildungsministerium gegründet wurde. Unter anderem erhalten Auszubildende, die gezwungen sind, ihre Ausbildung auszusetzen, rechtliche und finanzielle Unterstützung, um ihre Ausbildung an einem anderen Ort abzuschließen. Beobachter [kommentieren](#) jedoch, dass es keine konkreten Maßnahmen gibt, um genügend Lehrstellen für 2020-21 zu sichern.

Keines dieser nationalen Beispiele ist die perfekte Lösung, aber es sind Schritte in die richtige Richtung. Sie können verbessert werden, wenn die Gewerkschaften weiterhin Druck aufbauen und für eine bessere Gegenwart und Zukunft für die Jugend kämpfen. Unterdessen gelten unsere größten Bedenken den Ländern, in denen die Situation der Jugend in den Konjunkturplänen überhaupt nicht berücksichtigt wird, wie Rumänien, Ungarn oder Polen, oder in denen die Regierungen nur Lippenbekenntnisse abgeben, ohne konkrete Maßnahmen vorzuschlagen, wie Portugal, Spanien oder Italien.

Unterdessen beobachten wir in der Türkei sehr beunruhigende Entwicklungen. Die Regierung unterlässt es nicht nur, Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Jugend anzubieten, sie schlägt sogar Instrumente vor, um diese noch zu verschlimmern. Die türkische Regierung hat einen neuen Gesetzesvorschlag vorgelegt, der es Arbeitgebern erlaubt, unter 25-Jährige ohne Bedingungen mit prekären Kurzzeitverträgen, die unbegrenzt verlängert werden können, einzustellen. Aktuell müssen die Arbeitgeber begründen, warum eine Arbeitnehmerin/ ein Arbeitnehmer befristet eingestellt wird und was sie daran hindert, den Vertrag unbefristet zu verlängern. Das neue Gesetz stellt eine Katastrophe für die jungen Menschen in der Türkei dar, von denen sich viele bereits in einer prekären Situation befinden.

Wir Gewerkschaften dürfen die junge Generation nicht im Stich lassen. Wir müssen darauf drängen, dass sie in die nationalen und europäischen Konjunkturprogramme aufgenommen wird. Es ist unmöglich, eine faire und inklusive Erholung von der COVID-19-Krise zu erreichen, ohne die Jugend zu einem ihrer zentralen Pfeiler zu machen. Die Zukunft unserer Industrie hängt von dieser nächsten Generation von Industriebeschäftigten ab. Aber auch unsere demokratischen Systeme hängen von guten Chancen für junge Menschen ab, die

bereits begonnen haben, das Vertrauen in das aktuelle Modell zu verlieren, und die wir am Ende an populistische Alternativen verlieren könnten.

Die Jugend von industriAll Europe fordert eine bessere Jugendstrategie

Die Jugend von industriAll Europe unterstreicht das grundlegende Erfordernis, dass die Gewerkschaften eine kritische Perspektive gegenüber ihrer eigenen Strategie der gewerkschaftlichen Erneuerung einnehmen. Die Gewerkschaften müssen ihre auf die Jugend ausgerichteten Aktivitäten dringend verstärken. Wir dürfen uns nicht zurücklehnen und darauf warten, dass junge Menschen an unsere Türen klopfen. Ganz im Gegenteil, wir müssen proaktiver sein und unsere Strategie, sie zu erreichen, verbessern. Die Gewerkschaften müssen ihre Kommunikationsstrategien anpassen, insbesondere dadurch, dass sie auch die Kommunikationskanäle der Jugend, wie soziale Medien, nutzen. Wir müssen den jungen Menschen klar aufzeigen, dass wir sie proaktiv verteidigen und dass sie sich uns anschließen sollten, um ihre Interessen besser durchzusetzen und mehr Rechte am Arbeitsplatz zu erlangen.

Die Gewerkschaften müssen die Entwicklung von Jugendstrukturen auf allen Ebenen unterstützen und junge Gewerkschafter in ihren Aktivitäten fördern. Junge Gewerkschafter*innen müssen die Möglichkeit erhalten, in den einschlägigen Gewerkschaftsausschüssen mitzuwirken, um Jugendfragen besser voranzubringen und ihre Jugendperspektive einzubringen. Sie müssen die notwendigen Schulungen zur Entwicklung ihrer Fertigkeiten erhalten, um sich effektiv an der Gewerkschaftsarbeit beteiligen zu können. Darüber hinaus sollten junge Gewerkschafter*innen an der Entwicklung von Strategien zur Erneuerung der Gewerkschaften beteiligt werden und an Organisingaktivitäten teilnehmen, um junge Mitglieder für die Gewerkschaft zu gewinnen.

Die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung hängt von der Erneuerung der Gewerkschaften und von der Erhöhung des Anteils junger und aktiver Mitglieder ab. Wir müssen jetzt handeln und unsere Arbeitsweise und vor allem unsere Kommunikation und unser Image modernisieren, um die Jugend besser anzusprechen und junge Mitglieder zu gewinnen. Alle jungen Menschen wollen, dass ihre Rechte verteidigt werden und sie faire Arbeitsbedingungen vorfinden. Aber im gegenwärtigen Zeitalter der Fehlinformation wissen sie oft nicht, wo sie Schutz finden können, oder werden von aggressiven Arbeitgebern daran gehindert, Mitglied einer Gewerkschaft zu werden. Wir müssen proaktiv auf junge Menschen zugehen und ihnen zeigen, dass es in der Bewegung Platz für sie gibt.